

August 2022

ANKARA ZWISCHEN NATO-NORDERWEITERUNG UND NORDSYRIEN

Walter Posch

Kaum jemand hatte damit gerechnet, dass die NATO-Norderweiterung auf Widerspruch Ankaras stoßen würde. Die Türkei begründete ihr Veto mit dem Vorwurf, Schweden und Finnland würden antitürkische Terrororganisationen unterstützen und terroristische Infrastrukturen in Syrien finanzieren. Dem wurde in der westlichen Öffentlichkeit mit dem Argument widersprochen, dass Ankara sich im Gegensatz zu den Kurden im Kampf gegen den IS zwiespältig verhalten hätte und weiterhin radikal-islamistische Gruppen in Nordsyrien duldet.

Ankara und die Skandinavier

Die türkische Regierung verknüpfte die NATO-Erweiterung mit ihren eigenen politischen Prioritäten, nämlich dem Kampf gegen die PKK und die Anhänger des Fethullah Gülen. So wurden Stockholm und Helsinki Namenslisten von mutmaßlichen Terroristen übermittelt, unter denen sich sogar eine kurdischstämmige schwedische Parlamentarierin befindet. Die betroffenen Regierungen verwiesen auf existierende Formate und fehlende Auslieferungsanträge Ankaras. Um die konkreten Namen ging es Ankara aber weniger als um die Einschüchterung kommunistischer, kurdischer und gülenistischer Aktivisten in Europa und die Erwähnung von PKK, YPG/PYD und FETÖ (Fethullahçı Terör Örgütü) als Terroristen in einem NATO-Dokument.

Genau das geschah im zwischen Schweden, Finnland und der Türkei unter den Auspizien des Generalsekretärs der NATO geschlossenen „Trilateralen Abkommen“ vom 28. Juni 2022. Darin wurden ein Konsultations- und Kooperationsmechanismus auf Ebene der Sicherheitsbehörden beschlossen und die Finanzierung der PKK und ihrer Untergruppen sowie die Auslieferung Terrorverdächtiger an Ankara erwähnt.

Über den letzten Punkt kam es bereits zu Meinungsverschiedenheiten, die jedoch am Gesamteindruck des Dokuments nichts ändern, das Ankara zurecht als Erfolg bezeichnet. Denn Schweden und Finnland verpflichteten sich, die Teilnahme der Türkei an Verteidigungsprojekten der EU wie PESCO zu unterstützen und Schweden revidiert außerdem seine restriktiven Ausfuhrbestimmungen für Waffenverkäufe gegenüber NATO-Partnern.

Der Abschluss des „Trilateralen Abkommens“ verdeutlicht ein weiteres Mal, wie sehr der Ukraine-Konflikt dem türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan nützte. Noch Ende 2021 weitgehend politisch isoliert und wegen des Einsatzes türkischer Kampfdrohnen gegen die PKK-Führung im Nordirak und in Syrien von Teilen der westlichen Öffentlichkeit gescholten, wurden die gleichen Bayraktar-Drohnen zum Symbol der ukrainischen Unabhängigkeit. Seither ist die Türkei eines der wenigen Län-

der, das sowohl mit der Ukraine als auch mit Russland im Gespräch ist und z.B. in der Frage der Getreidelieferungen vermitteln konnte. Ebenso selbstbewusst geht die Türkei mit den westlichen Sanktionen Russlands gegenüber um, welche sie nach eigenem Gutdünken auslegt.

Teheran – Nordirak – Nordsyrien

Deutlich wurde das neue türkische Selbstvertrauen anlässlich des trilateralen Treffens zwischen den Präsidenten Irans, der Türkei und Russlands vom 19. Juli 2022 in Teheran. Allerdings täuschen die harmonischen Bilder des Gipfels. Die großen Auffassungsunterschiede über die Syrien- und Irakpolitik wurden nämlich keineswegs ausgeräumt. So verfolgen der Iran und die Türkei unterschiedliche Interessen im Nordirak. Ankara bekämpft in Kooperation mit der Kurdistan Democratic Party (KDP) die PKK und unterhält dafür eine Reihe von Militärstützpunkten. Gleichzeitig konkurrieren, die von Teheran unterstützten, schiitischen Volksmobilisierungseinheiten und die von der KDP geführten Peschmerga-Kräfte im Nordirak um Einfluss. Die gegensätzlichen Interessen entzündeten sich an der Frage der Kontrolle des strategisch bedeutsamen Sinjar-Gebirges, wo sich Peschmerga, irakisches Militär, Volksmobilisierungskräfte und die PKK, gegen die Ankara immer wieder Luftangriffe fliegt, gegenüberstehen. Bis jetzt hat Ankara sich weder mit Teheran noch mit Bagdad abgestimmt, sodass vorderhand kein Deeskalationsmechanismus existiert. Türkische Militäreinrichtungen werden daher regelmäßig zum Angriffsziel schiitischer Gruppen, während immer wieder Kollateralschäden unter den irakischen Zivilisten zu beklagen sind. Zuletzt starben bei einem Raketenangriff am 9. Juli 2022, für den die Iraker das türkische Militär verantwortlich halten, neun Zivilisten, was zu einer, von heftigen antitürkischen Protesten begleiteten, bilateralen Krise führte.

Wichtiger ist jedoch die Ablehnung einer türkischen Militärintervention in Nordsyrien durch Moskau und Teheran. Zwar

stimmt man dem Kampf gegen Terrororganisationen zu, doch würde eine derartige Operation die Lage nur weiter verschärfen. Moskau will mehr syrischen Regierungseinfluss im Norden des Landes, während Teheran auf die Verringerung der US-amerikanischen Präsenz hofft. Das letzte Wort über eine mögliche Operation in Syrien wird freilich in Ankara gesprochen werden.

Aus Sicht Erdoğan liegen die Vorteile einer Intervention auf der Hand: Erstens wäre es ein schwerer Schlag gegen die militärischen Strukturen der PKK in der Region. Zweitens würde sich die Gelegenheit eröffnen, einen Teil der Flüchtlinge entlang der Grenze auf syrischer Seite anzusiedeln und so einen türkisch-kontrollierten Puffer zur kurdischen Selbstverwaltung aufzubauen. Angesichts der starken xenophoben Welle gegen Flüchtlinge in der Türkei, die sich Teile der Opposition zunutze machen wollen, hilft dem türkischen Präsidenten entschlossenes Auftreten. Immerhin ist er einer der wenigen Politiker, der überhaupt einen umsetzbaren Plan zur Rückführung syrischer Flüchtlinge hat. Das kann sich, drittens, im kommenden Wahlkampf als nützlich erweisen. Denn, angesichts bescheidener Umfragewerte und einer katastrophalen Wirtschaftslage, muss Erdoğan auf die Karte des Ultrationalismus setzen.

Drohungen gegen Griechenland gehören genauso in das Repertoire der nationalistischen Polemik wie der Kampf gegen den Terrorismus, sprich die PKK. Diese nimmt türkische Einmarschdrohungen ernst und spürt seit Jahren, wie sehr sich die türkische Aufstandsbekämpfung durch den Einsatz von Drohnen verändert hat: So können nur mehr kleine PKK-Trupps aus dem Nordirak einsickern. Außerdem gelingt es den Türken seit einiger Zeit, Führungskader der PKK punktuell durch Drohenschläge zu töten, so zum Beispiel am 22. Juli 2022 bei Qamishli. Dass die USA den Angehörigen der gefallenen SDF/YPJ-Kämpferinnen kondolierte, zeigt, wie vertrackt die nordsyrische Situation für Ankara und die USA ist.

Rojava und die vielen Elemente der PKK

Die PKK hat seit den frühen 2000er-Jahren eine organisatorische Wandlung durchgemacht. So wurden der Name von „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK) in „Gesellschaftsunion Kurdistan“ (KCK) geändert, eine neue Verfassung geschrieben (KCK-Sözleşmesi), die militärischen Kräfte (HPG, YJA-Star usw.) und die Europaorganisation (KCD-E) neu strukturiert und Organisationen für Syrien, Irak und Iran gegründet. Dadurch herrscht heute eine unübersichtliche Vielzahl von Organisationen, Milizen und Räten vor, die gleichwohl dem Gesamtverband KCK angehören und deren militärische Flügel sich an der Guerillaführung im irakischen Kandilgebirge orientieren. Berühmt wurden die Ableger der Organisation in Syrien (PYD, YPG, YPJ...), die 2014 den IS in der Schlacht von Kobane zurückschlugen und die Massenflucht der Yeziden aus dem Sinjar-Gebirge militärisch sicherten. Schließlich gelingt es ihnen seit 2010, eine eigene Verwaltung aufzubauen, die Rojava (für West-Kurdistan), bzw. international AANES (Autonomous Administration of North and East Syria) genannt wird. AANES wird nach kommunistischen Prinzipien geführt. Es herrscht wirtschaftliche Mangelverwaltung und der Handlungsspielraum anderer Parteien ist deutlich eingeschränkt, weil PKK-Kader alle Schaltstellen der Macht kontrollieren. Beeindruckend sind jedoch die gesellschaftspolitischen Weichenstellungen im Bereich der Frauenrechte, die weit über die Rolle der Frauenguerilla hinausgehen.

Die militärische Leistungsfähigkeit der Organisation zog 2014 die Aufmerksamkeit der USA auf sich, die damals über die Unwilligkeit ihrer Verbündeten, vor Ort einzuschreiten, frustriert waren und sich deshalb mit den Milizen YPG/YPJ und der Partei PYD arrangierten. Dem Einwand der Türkei, dass es sich bei YPG und YPJ um Teile der PKK (gemeint ist die KCK) handelt, begegnen die USA, die ihrerseits die PKK als „Narko-Terroristen“ gelistet hat, mit der Behauptung, dass die Beziehungen zwi-

schen YPG und PKK in der Vergangenheit liegen. Waffenhilfe und Ausbildung würden nicht direkt an die YPG gehen, sondern an die „Syrisch-Demokratischen Kräfte“ (SDF, Syrian Democratic Forces). Die SDF sind ein Zusammenschluss verschiedener arabischer Stammesmilizen mit kurdischen Kräften unter Führung der YPG. Die SDF bewährten sich im Jahr 2017 bei der Befreiung von Raqqa. Seither tragen sie die infanteristische Hauptlast im Kampf gegen den IS und leisten durch die Bewachung und Betreuung des Flüchtlingslagers Al-Hol, das als Frauenzentrale des IS notori-sche Berühmtheit errang, weiterhin einen essenziellen Beitrag zur Sicherheit der Region und Europas.

Freilich kann kein Zweifel daran bestehen, dass YGP und YPJ ohne militärische Unterstützung durch die USA kaum in der Lage gewesen wären, dem IS zu trotzen. Die Kooperation mit den USA steht im Widerspruch zur antiimperialistischen und antiwestlichen Identität der PKK, wie sie vom Chefideologen und „Führer“ der Organisation, dem auf der türkischen Gefängnisinsel İmralı inhaftierten Abdullah Öcalan, formuliert wird und der die Guerillaführung folgt. Die Aufwertung von AANES und SDF stärkte jedoch die syrische Teilorganisation innerhalb des Gesamtverbandes und führte zu Spannungen zwischen der Guerillaführung und der, mit den USA kooperierenden, militärischen Führung der YPG/YPJ. Die durch die SDF sozialisierte jüngere Generation ist unbelastet von der jahrelangen Kollaboration der PKK mit dem syrischen Regime. Das erklärt die widersprüchliche Haltung gegenüber Ankara: Kandil setzt weiterhin auf die militärische Karte und verfügt über jahrzehntealte Kommunikationskanäle zu den Syrern, während Rojava an gedeihlichen Beziehungen zu Ankara interessiert ist, was von der Türkei bisher ignoriert wurde.

Linke Gruppen auf der ganzen Welt feiern Rojava als revolutionäres Projekt. Das trifft besonders auf kommunistische, meist maoistische Untergrundorganisationen aus der Türkei zu, die seit den Gezi-Pro-

testen 2013 eine Renaissance erleben. Diese Gruppen sind auch in Westeuropa aktiv und werden trotz gelegentlicher Verbote und Gerichtsverfahren weitgehend toleriert. Wie die PKK haben diese Gruppen in der Regel einen illegalen Kern, um den herum legale Vereine oder Parteien gebildet wurden, die Kulturarbeit, politische Bildung und Agitation betreiben. Hinsichtlich Rojava folgen sie der Sprachregelung der PKK. Diese Gruppen sind integraler Teil der linksextremen Szene Europas geworden und in der Lage, Kämpfer nach Syrien zu schicken und zurückzuholen. Wie die PKK haben einige dieser Gruppen ein eigenes Steuer- und Disziplinarsystem, mit dem die eigenen Anhänger überwacht und Gegner ausgeforscht werden. In der Regel unterhalten diese Gruppen Kontakte in die Politik, zur Medien- und Kulturszene sowie zu den Universitäten, wo sie ihre Interpretation der Ereignisse in Rojava als akademischen Standard vermitteln.

Ausblick und Ableitungen

Ein türkischer Waffengang nach Nordsyrien ist weiterhin möglich. Im Gegensatz zu früheren Operationen (z.B. Afrin 2018) dürfte dieses Mal aber die Existenz „Rojava“ auf dem Spiel stehen. Damit wird der öffentliche Raum in Westeuropa zunehmend zum Schauplatz gewalttätiger Proteste und Auseinandersetzungen zwischen Befürwortern und Gegnern der Militäroperation. Es ist davon auszugehen, dass die, im Vergleich zu früheren Auseinandersetzungen (z.B. Favoriten 2020) deutlich verschlechterte, soziale Lage in Europa zur Verschärfung und Ausweitung der Proteste über den Anlassfall hinausführen könnte.

Die Afrin-Krise 2018 hat gezeigt, wie beide Seiten über ihre jeweiligen Netzwerke (Moscheen, Kulturvereine usw.) auf „ihre“ sogenannten „communities“ (Türken, Kur-

den...) Einfluss nehmen. Westeuropäische Regierungen und Behörden müssen daher in der Lage sein, das politische Narrativ über die Ereignisse in Nordsyrien selbst zu gestalten und emotional zu deeskalieren. Daraus ergibt sich die Bedeutung zeitgerechter Zielgruppenkommunikation.

Ankara wird weiterhin Zugeständnisse von den Europäern erwarten. Das betrifft nicht nur die Forderungen an Schweden und Finnland, die auf eine maximale Integration der Türkei in das europäische Verteidigungssystem abzielen, sondern auch die Visafreiheit für türkische Staatsbürger, die Fortsetzung der Finanzhilfe für syrische Flüchtlinge und den Wunsch, mehr Druck auf die Auslandsorganisation der PKK auszuüben.

Nordsyrien (AANES, Rojava) verdient mehr Aufmerksamkeit auf nationalstaatlicher wie auf europäischer Ebene. Denn weder lässt sich der Nutzen Rojavas für die europäische Sicherheit leugnen, noch die Gefahr, die von der PKK (KCK) für die Türkei ausgeht. Ebenso wenig kann ein Rechtsstaat die undemokratischen Machtstrukturen der PKK und anderer linksextremer Gruppen in Europa akzeptieren. Für einen gedeihlichen, strategische sowie Aspekte der inneren Sicherheit gleichermaßen berücksichtigenden, Entscheidungsfindungsprozess muss jedoch als Erstes der öffentliche Diskurs versachlicht werden.

Impressum:

Medieninhaber/Herausgeber/Hersteller: Republik Österreich/BMLV, Roßauer Lände 1, 1090 Wien

Redaktion: Landesverteidigungsakademie Wien/IFK, Stiftgasse 2a, 1070 Wien

Periodikum der Landesverteidigungsakademie

Druck: Reproz W 22-XXXX, Stiftgasse 2a, 1070 Wien



www.facebook.com/lvak.ifk